54. Jahrgang. № 347. Mittwoch, 15. Dezember 1909.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (am Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gesammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif [illegible]

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

**Lobeck & Co.** Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

**Ullrichs Pianinos** sind **vorzüglich,** dabei sehr **preiswürdig.** I Pirnaische Strasse I (am Pirnaischen Platz).

Als Weihnachts-Geschenke hochfeine, elegante, echt bronzene **— Klingeldrücker —** in Hunderten von Modellen, als: Bären, Affen, Hunde, Menschen, Hasen, Elefanten, Eichhörnchen, Vögel, Käfer, Blumen, Früchte, Sportgegenstände u. a. m. **Ebeling & Croener,** Dresden, Bankstrasse 11.

**Herm. Freyboth, Dresden,** am See 34. Katalog gratis. Teleph. 1718. **Billardfabrik.** altrenomirtes Fabrikat. Lager vom einfachsten bis zum elegantesten.

**Lederwaren. Reise-Artikel.** Weitgehendste Auswahl in **Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.** **Adolf Näter,** Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft **26 Prager Strasse 26.**

## Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kälter, Schneefälle.

Der Präsident der Ersten Kammer Oberstmarschall Graf Vitzthum v. Eckstädt veranstaltete gestern abend auf dem Königl. Belvedere ein parlamentarisches Diner.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer wurde der Antrag des Abg. Günther u. Gen. betr. Reform des Forst- und Feldstrafgesetzes behandelt.

Die Matrikularbeiträge, die Sachsen nach dem Nachtragsetat für 1909 zu zahlen hat, belaufen sich auf 12 713 466 Mark.

Der Reichstag erledigte gestern die zweite Beratung des Nachtragsetats 1909, wobei er die Erhöhung der Unterstützungen von Hausgewerbetreibenden und Arbeitern des Tabakgewerbes von 2 auf 2½ Millionen genehmigte, und beschäftigte sich dann mit dem Zwangsarbeitsnachweis der Arbeitgeberverbände im Ruhrrevier.

Die Wiener Hoftheaterarbeiter beschlossen in den Ausstand zu treten.

Das Befinden König Leopolds von Belgien gibt wieder Anlaß zu Hoffnungen.

## Die auswärtigen Beziehungen des Reichs.

Die Einführungsrede des Reichskanzlers am ersten Tage der Etatsdebatte, die der inneren Politik gewidmet war, hat eine sehr viel größere Fülle von Kommentaren in der in- und ausländischen Presse hervorgerufen, als die Darlegungen des leitenden Staatsmannes über die auswärtigen Beziehungen des Reiches gefunden haben. Das ist nach den Kämpfen, die zeitlich hinter uns liegen, aber in den Ergebnissen, die sie gehabt haben und in den Streitfragen, die unerledigt geblieben sind, auch noch die Gegenwart beherrschen, vollkommen begreiflich, bedeutet aber nichtsdestoweniger einen Mangel, wenn nicht an Gerechtigkeit, so doch an Wertschätzung und kritischer Würdigung gegenüber dieser zweiten Rede. Herr von Bethmann-Hollweg hat, hierin dem vom Fürsten Bülow beobachteten Brauche folgend, die inneren und die auswärtigen Fragen an verschiedenen Tagen behandelt. Nach außen hin wird so verständlich zum Ausdruck gebracht, daß die Geschlossenheit der Nation dem Auslande gegenüber durch innere Schwierigkeiten und Differenzen nicht berührt wird, ein Hinweis, der gerade in der ernsten Gegenwartsstunde geboten war und dankbar zu begrüßen ist. Auch darauf muß vorweg aufmerksam gemacht werden, daß der Kanzler in beiden Reden auf die Thronrede zurückgriff und an ihren Inhalt anknüpfte. Mit Bedacht hat so Herr von Bethmann-Hollweg vor dem Lande und auch darüber hinaus zu verstehen gegeben, daß das, was er zu sagen hatte, die volle Billigung des Kaisers gefunden hatte, daß in allen entscheidenden Fragen der inneren und äußeren Reichspolitik ein volles Einvernehmen zwischen dem Monarchen und seinem ersten Ratgeber besteht. Das bedeutet nicht, wie böswillige Zungen behauptet haben, daß Herr von Bethmann-Hollweg gewissermaßen nur der Strohmann sei, durch den und über den hinweg der selbstherrliche, durch keinerlei ministerielle Verantwortlichkeit eingeschränkte Wille des Kaisers einen Weg zur Betätigung und Durchsetzung sich geschaffen habe. Der staatsrechtliche Charakter der Thronrede sichert dem ersten Beamten des Reiches und verlangt von ihm die Geltendmachung eigener Ansichten und selbständiger Forderungen. er bringt aber auch die an höchster Stelle bestehenden Grundsätze, Wünsche und Ziele zum Ausdruck. So ist die Thronrede gewissermaßen das Fazit der von beiden Seiten eingegangenen Verpflichtungen und Abmachungen, und der leitende Staatsmann, der sich wiederholt auf sie beruft, nimmt damit in Anspruch — und das ist gerade für seine Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten von hohem Werte und großer Tragweite —, daß, ohne jeden Vorbehalt, hinter ihm die Person des Kaisers steht, der seinerseits die Gesamtheit der deutschen Bundesfürsten repräsentiert und deren mit der seinigen übereinstimmende Willensmeinung vertritt.

Und noch ein drittes Moment, das nicht bedeutungslos erscheint. Der Kanzler hat, abziehend von allgemeinen Betrachtungen über die Weltlage, die gegenwärtig, wo die erste Weltmacht am Vorabend schwerwiegender Entscheidungen steht, wenig am Platze gewesen wären und vielleicht auch ihm, dem erst seit wenigen Monaten mit auswärtigen Dingen amtlich und verantwortlich befaßten, der persönlichen Beziehungen vielfach noch entbehrenden Staatsmanne, nicht angestanden hätten, das Deutsche Reich nachdrücklich in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt und unter diesem Gesichtswinkel die auswärtigen Beziehungen Deutschlands einer knappen, aber gleichwohl scharfen und im wesentlichen ausreichenden Belichtung unterworfen. Ein weiterer, scheinbar äußerlicher Umstand, der aber einen vielsagenden Rückschluß auf die Wiener Konferenzen zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen — die sich demnächst in Berlin wiederholen sollen — gestattet, tritt in höchst bemerkenswerter Weise hinzu. Der Passus über Oesterreich-Ungarn ist allem anderen vorangestellt, das Verhältnis zu der habsburgischen Monarchie gewissermaßen herausgehoben aus der großen Menge der übrigen internationalen Fragen, die damit als solche zweiter Ordnung gekennzeichnet werden. Deutschland und Oesterreich-Ungarn müssen, so gesehen, notwendigerweise als Einheit, als der ruhende Pol im Wandel der internationalen Ereignisse erscheinen; so jedem Zweifel an der Festigkeit und Beständigkeit ihres Bündnisses entrückt, ragen die beiden mitteleuropäischen Großmächte auf als der rocher de bronze der internationalen Politik, an dem die Brandung feindlicher Ententebestrebungen, wie im vorigen Jahre, auch fürderhin sich brechen wird.

Der Betonung der intimen Beziehungen zwischen den Kabinetten von Wien und Rom hat Herr von Bethmann-Hollweg eine Erklärung folgen lassen, in der er die volle Loyalität auch der amtlichen italienischen Politik anerkennt und, auf Grund der Mitteilungen des seitherigen Ministers des Aeußeren Tittoni, die italienische Balkanpolitik von jeder vertragswidrigen Tendenz oder Abmachung freispricht. Der neue Ministerpräsident Sonnino und sein Kollege vom Ministerium des Aeußeren Graf Guicciardini gelten als überzeugte Anhänger des Dreibundgedankens; es darf erwartet werden, daß sie in der am 18. d. M. beginnenden Tagung des italienischen Parlaments die Auffassung der Berliner Regierung als zutreffend bezeichnen. Jedenfalls darf, solange für das Gegenteil nicht handgreifliche Beweise erbracht sind, weder von deutscher Seite die Loyalität der amtlichen Politik Italiens bezweifelt noch von anderer Seite der Bestand des Dreibundes als ausschlaggebender Faktor der europäischen Politik in Zweifel gezogen werden. Freilich ist auch damit zu rechnen, daß die Ansichten der italienischen Regierung in der Stimmung der Bevölkerung auf die Dauer den nötigen Widerhall und Rückhalt nicht finden. Bündnisse unter Großmächten sind, wie in vergangenen Jahrhunderten, so auch heute, nicht für die Ewigkeit geschlossen; sie dispensieren nicht, um mit dem Fürsten Bismarck zu reden, von dem toujours en vedette. Deutschland ist auch für solchen Fall gerüstet. Der Kanzler hat nicht von der militärischen Rüstung und Stärke Deutschlands gesprochen. Aber wenn er auf die glückliche Entwicklung des fortgesetzten Meinungsaustausches zwischen der deutschen und der französischen Regierung hinweisen, wenn er der Freude Ausdruck geben konnte, die Bekundung deutschfreundlicher Gesinnung seitens englischer Staatsmänner erwidern zu können, wenn er feststellen konnte, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland nach wie vor durch ein uneingeschränktes Vertrauensverhältnis der beiderseitigen Regierungen charakterisiert werden, so wird man sich im Auslande, namentlich auch in Italien, der Einsicht nicht verschließen können, daß Deutschland stark und mächtig genug ist, um der russischen Politik die unveränderte Fortsetzung der herkömmlichen guten Beziehungen zu Deutschland erwünscht und zweckmäßig erscheinen zu lassen, stark und mächtig genug auch, um den zurzeit leitenden Premierminister in England zu der Anerkennung zu bewegen, daß die Herstellung guter Beziehungen zwischen England und Deutschland eine wichtige Aufgabe weiser Staatskunst sei. Die sich von selbst ergebende Folgerung kann nur sein, daß Deutschland als Bundesgenosse wertvoller ist als jemals zuvor.

Die Geschlossenheit der deutschen Auslandspolitik, die in der Rede des Kanzlers zum Ausdruck kommt, wird freilich an einer sehr bemerkenswerten Stelle unterbrochen. Es fehlt jede Aeußerung über das Verhältnis des Reiches zu den Vereinigten Staaten. Aber es darf mit Fug angenommen werden, daß die Arbeiten, die zu einer Neuordnung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen führen sollen, gerade jetzt — das bestehende Provisorium läuft in nicht ganz drei Monaten ab — einem kritischen Stadium entgegengehen. Deshalb darf das Schweigen über diesen Punkt gewiß nicht als Zeichen der Schwäche gedeutet werden, es kommt darin lediglich die schuldige Rücksichtnahme auf den derzeitigen Stand der Verhandlungen zum Ausdruck. Im Interesse der Sache selbst hat eine Verhandlung dieser Angelegenheit im Reichstage, die sofort zum Gegenstand publizistischer Erörterungen gemacht worden wäre, naturgemäß nicht erfolgen können. Abstrahiert man von diesem ernsten Problem, so bleibt ein knapp und scharf umrissenes Gesamtbild der auswärtigen Beziehungen des Reichs, das vor allem durch Freimut und durchsichtige Klarheit ausgezeichnet ist. Freilich kein Freimut, der das Herz auf der Zunge trägt und ein bitterernstes Thema in wortreicher Fülle und glänzenden Wendungen behandelt, vielmehr eine Sprache, die sich den vorhandenen oder drohenden Schwierigkeiten und Gefahren nicht verschließt, dem Widrigen und Sorgenvollen aber in aller Nüchternheit und Sachlichkeit die Tatsache eines vollen, in den Wirren und Stürmen der letzten Jahre unerschütterten gebliebenen Sicherheits- und Kraftgefühls entgegenstellt. Was der Reichskanzler in seiner Rede über die auswärtigen Beziehungen des Reichs der Volksvertretung in kurzen, prägnanten Sätzen vorgetragen hat, ist das Programm einer Friedenspolitik, die niemandem nachläuft, die niemanden herausfordert, die aber auch dahin verstanden werden will, daß das deutsche Volk die Machtstellung, die ihm 40 Jahre der Reichseinheit verschafft haben, sich auch nicht um ein Jota schmälern lassen will. Die in solcher Weise klar und offen zutage gelegte Auslandspolitik des Deutschen Reiches darf Vertrauen beanspruchen und Erwiderung der ihr eigenen Tendenzen und Motive erwarten.

## Neueste Drahtmeldungen

vom 14. Dezember.

**Deutscher Reichstag.**

Berlin. (Priv.-Tel.) Die gerichtlich nachgesuchte Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Schüler als Sachverständiger wird abgelehnt. Es folgt die **zweite Beratung des Nachtragsetats für 1909.** Die Kommission hat die erste Rate des an die Bundesstaaten zu überweisenden Betrages für Unterstützungen von Hausgewerbetreibenden und Arbeitern des Tabakgewerbes von 2 auf 2½ Millionen erhöht. Abg. Everling (natl.): Bedauerlich und ihm selbst unbegreiflich sei, daß damals sein eigener Antrag, statt einer Unterstützung Entschädigungen zu gewähren, keine Mehrheit gefunden habe. Bedauerlich sei auch die Begrenzung der gesamten Unterstützungssumme auf 4 Millionen Mark. Dies sei um so befremdlicher, als — und das müsse er jetzt namentlich Herrn Gieberts vorhalten — nicht das Haus damals von den Regierungen, sondern die Regierungen vom Reichstage abhängig gewesen seien. Schon im Interesse des Zustandekommens der Finanzreform überhaupt hätten sich damals die Regierungen in eine Entschädigung oder Unterstützung der Tabakarbeiter auch ohne solche Begrenzung der Unterstützungssumme fügen müssen. Zweifellos sei, daß in Sachsen, wo die Tabak-Heimarbeit stark verbreitet sei, das neuerliche Anwachsen der Sozialdemokratie und ihr letzter Wahlerfolg gerade durch die vom Reichstage beschlossene Unzulänglichkeit der Tabakarbeiter-Unterstützung gefördert worden sei. — Abg. Dr. Marcour (Zentr.) empfiehlt Beschleunigung der Auszahlung der Unterstützungen in der Weise, daß die Kommunalverwaltungen Vorschüsse leisten. — Staatssekretär Wermuth: Erhöhungen der Gesamtunterstützungssumme sind, wie hier, so schon in der Kommission gewünscht worden. Ich stehe davon ab, darauf einzugehen, nachdem die Herren, die hierzu Anregung gegeben haben, es unterlassen haben, die Deckungsfrage zu behandeln. Wir werden jedenfalls bestrebt sein, die Unterstützungen möglichst rasch zu gewähren. — Abg. v. Richthofen (kons.) führt aus, seine Freunde hätten zu dem Schatzamte das Vertrauen, daß es das Gesetz in diesem Punkte so, wie es gedacht sei, und wohlwollend ausführen werde. — Abg. Geyer (Soz.): Das durch das neue Tabaksteuergesetz angerichtete Unglück sei noch größer, als seine Freunde seinerzeit befürchtet hätten. Die Zahl der arbeitslos Gewordenen sei ungemein groß. Der neue Schatzsekretär habe guten Willen gezeigt; wolle er aber ernstlich die Unterstützungen beschleunigen, so müsse er energisch darauf halten, daß die Zolldirektionen auch seinen Anweisungen folgen. Ein schwerer Mangel sei, daß man die Arbeiter in der Zigaretten-Industrie ausschließen wolle. Das Gesetz spreche doch vom Tabakgewerbe überhaupt. Trotz der Wahlrede, die Everling vorhin gehalten, seien gerade die Nationalliberalen an diesem Unheil für die Tabakindustrie schuld; denn die Nationalliberalen hätten mit Bülow die ganze Finanzreform eingeleitet, und dann erst habe es der Schnapsblock leicht gehabt, die Sache zu Ende zu führen. Der Schnapsblock — (Präsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, ich nehme an, Sie meinen, wenn Sie vom Schnapsblock sprechen, nicht Mitglieder dieses Hauses! Stürmische Heiterkeit.) — der Schnapsblock hatte es leicht, zu machen, was er wollte, als er die Liberalen hinausgeworfen hatte. — Abg. Pachnicke (Freis. Vgg.): Von einem Hinauswerfen der Nationalliberalen konnte keine Rede sein. Die Sozialdemokraten hätten mit einem Verbot der Heimarbeit den betreffenden

Naumanns Germania-Fahrräder Seidel & Naumann, Dresden-A., Struvestrasse 9.